

KINDER- UND JUGENDRECHTSGESETZ BEDARF GRUNDLEGENDE REFORM

Entschlossen seit dem 1. Juli 2015

[FDP](#), [KiFöG](#), [Landtagswahl](#),
[Sachsen-Anhalt](#), [Soziales](#)

Kommunale Selbstverwaltung achten / Bedenken der Städte und Gemeinden ernst nehmen

(Magdeburg / Halle). Sachsen-Anhalts Freie Demokraten fordern eine grundlegende Reform des Kinderförderungsgesetzes (KiföG) nach der mündlichen Verhandlung über die Verfassungsbeschwerden der Städte und Gemeinden vor dem Landesverfassungsgericht in Dessau. Die FDP-Landesvorsitzende Frank Sitta kritisiert die Politik des Sozialministers mit seiner Politik auf dem falschen Weg. „Wir haben wie rechtlichen Bedenken gegen das KiföG ernstgenommen.“

Der Landesvorsitzende Frank Sitta erklärt die Politik des Sozialministers: „Das Kinderförderungsgesetz vom Kopf auf den Boden zu stellen, das Land hier versucht, sich auf Kosten der Städte zu finanzieren, ist nicht nur politisch falsch, sondern höchst verfassungswidrig.“

Für die Freien Demokraten ist die kommunale Selbstverwaltung ein hohes Gut, das es im Bereich der Kinderbetreuung zu stellen gilt. Um das zu erreichen, müssen sich die Städte und der Kommunen gemeinsam um eine tragfähige und finanzengerechte Lösung bemühen, die nicht nur einseitig die Kommunen belastet.